Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 32 (1953)
Heft: 4-5

Artikel: Probleme der internationalen und der schweizerischen Politik
Autor: Bringolf, Walther
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336720

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

32. JAHRGANG
HEFT 4/5
APRIL/MAI 1953

ROTE REVUE

WALTHER BRINGOLF

Probleme der internationalen und der schweizerischen Politik

I.

Die Polarisierung der Welt, ihre gegensätzliche machtpolitische Gruppierung, ist uns in den letzten Wochen erneut deutlich geworden. Der *Tod Stalins*, von vielen in der weiten Welt seit langer Zeit erwartet, gab der Presse, gab mehr oder weniger Sachverständigen Anlaß zu den mannigfaltigsten Spekulationen. In der Zwischenzeit, nach dem Tode Stalins, sind einige Anzeichen einer Änderung der sowjetrussischen Außenpolitik sichtbar geworden und haben eine starke Wirkung ausgelöst. Die Anzeichen sind vorerst noch äußerst bescheiden. Sie sind sichtbar im Kriegslager von Korea, in der Zustimmung zur Wahl des neuen Generalsekretärs der UNO, in der Tatsache, daß zwei Dutzend Matrosen eines sowjetrussischen Frachtschiffes, das in Orléans liegt, einen Ausflug nach Paris zur Besichtigung der Stadt machen konnten. Oder aber diese Anzeichen wurden hörbar aus einigen Reden der an der Spitze der Sowjetunion stehenden Männer.

Im Oktober des vergangenen Jahres fand nach jahrelanger Pause der Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion statt. Dieser Tagung lag eine Abhandlung Stalins über die ökonomischen Probleme zugrunde. Stalin entwickelte die Theorie der marktpolitischen Aufspaltung der Welt, nahm diese als Tatsache und betrachtete den östlichen Markt als autark. Dagegen sprach er um so einläßlicher vom Zerfall des Marktes der kapitalistischen Länder der westlichen Welt, eines Marktes, der von den Vereinigten Staaten von Nordamerika und ihrer Wirtschaft direkt und indirekt beherrscht wird. Die daraus sich ergebende Abhängigkeit der westlichen Länder von den Vereinigten Staaten von Nordamerika bildete im Aufsatz Stalins einen wesentlichen Bestandteil. Er leitete daraus wachsende Gegensätze zwischen diesen Ländern und den USA ab. Gegensätze, die sich aus dem Bedürfnis und dem Willen der eigenen Unabhängigkeit gegenüber der Bevormundung durch die USA ergeben würden. Aufgabe der Sowjetunion, so fuhr Stalin fort, sei es, diese Gegensätzlichkeiten und die Aufsplitterung der kapitalistischen Märkte zu för-

dern oder doch zu beeinflussen. Stalin hielt am Schluß des kommunistischen Parteitages eine kurze Rede. In dieser Rede forderte er die Kominformparteien aller Länder auf, die von der Sowjetregierung verkündete Friedensfront zu festigen, die Beziehungen zu allen Ländern zu entspannen, zu «versachlichen», die weitere wirtschaftliche und politische Konsolidierung des Ostblocks und seines Systems zu unterstützen und die militärischen Kräfte und die weitere Aufrüstung der Sowjetunion zu stärken. Die Kominformparteien wurden aufgefordert, sich an die Spitze der «Friedensbewegung» zu stellen, besonders im Zusammenhang mit der nationalen Befreiungsbewegung in Asien. Weder im Aufsatz noch in der Rede Stalins war irgendwo ein Wort über die Sozialdemokratie zu lesen. Dagegen forderte Stalin die Kommunisten aller Länder auf, sich mit den liberalen Kräften des Bürgertums, wo es auch sei, zu verständigen und zu vereinigen, um die von ihm dargelegte Politik zu verfolgen.

Auf dieser Grundlage der Stalinschen Konzeption war die Rede des damaligen Parteisekretärs und heutigen Ministerpräsidenten Malenkow aufgebaut. Was heute geschieht, ist die Durchführung der am Oktoberparteitag beschlossenen Politik. Der Tod Stalins mag diese Durchführung etwas verzögert haben. Wir stehen jedoch unter dem Eindruck, daß sie, diese Politik, mit einer gewissen Planmäßigkeit und nicht ohne Geschick verfolgt wird. Zwar lesen wir in der schweizerischen und ausländischen Presse immer wieder Abhandlungen über die nach dem Tode Stalins ausgebrochenen erbitterten Kämpfe unter den Führern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Die Periode der Diadochenkämpfe, so heißt es, sei jetzt ausgebrochen. Nüchterne Überlegungen lassen es als gegeben erscheinen, auch diese Veröffentlichungen in ihren vernünftigen Proportionen zu betrachten. Um uns und andere vor Enttäuschungen zu bewahren, ist es vielleicht zweckmäßig, daran zu erinnern, daß innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion immer Fraktionskämpfe, die auch Kämpfe unter Personen darstellten, eine große Rolle spielten. Nicht übersehen aber darf man, daß das Gefüge der Kommunistischen Partei der Sowjetunion weit stärker ist, als man im Westen gerne annehmen würde, weil es zusammengehalten wird von Menschen, die die Partei als eine Art Orden, ähnlich wie den Jesuitenorden, betrachten, die an das Dogma dieser Partei und ihrer Politik glauben und die auch bereit sind, dafür einzutreten und Opfer zu bringen. Wer mit der Partei in Konflikt gerät und diese Konflikte austragen will, wird entweder von der Partei und ihrem Apparat, der auch der Polizeiapparat ist, vernichtet oder aber er muß durch Flucht ins demokratische Ausland entrinnen. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß es auch in Demokratien gewisse Spannungen und Konflikte zwischen politischen Führern gibt. Ein Überblick genügt, um zu zeigen, was mit diesem Hinweis gemeint ist. Allerdings ist die Demokratie geduldiger und den Provokateuren solcher Konflikte zuträglicher als der totalitäre Staat. Man nehme als Vergleich nur das Beispiel eines McCarthys oder eines McCarrans an.

Die Änderung der sowjetrussischen Außenpolitik dürfte vorwiegend ein Versuch sein, für die eigene wirtschaftliche Entwicklung Zeit und wenn möglich Ruhe zu gewinnen. Dann liegt in dieser Änderung auch ein Versuch, eine Art defensive Strategie zu betreiben. Die Industrialisierung in der Sowjetunion und die Rüstungsproduktion haben ja seit Kriegsende nicht aufgehört. Das nach dem Tode Stalins neu gebildete Politbüro, Präsidium genannt, strebt gemäß der Konzeption Stalins einen autarken Wirtschaftsblock von der Oder-Neiße-Linie bis nach dem Fernen Osten einschließlich China an und versucht innerhalb dieses Blocks, ähnlich wie Amerika gegenüber dem Westen und den mittel- und südamerikanischen Staaten, die dominierende, die maßgebende Rolle zu spielen. Malenkow selbst hat zugegeben, daß in der Steigerung der Produktion von Stahl, Maschinen, Textilien und Nahrungsmitteln in den letzten zwei Jahren eine gewisse Stagnation eingetreten ist. Es fehlt in Rußland an Qualitätsarbeitern. Es fehlt in den Satellitenstaaten an Brot, an leistungsfähigen Arbeitskräften und vor allen Dingen an Interesse an der Arbeit. Moskau weiß, daß es noch weit hinter den Produktionsziffern der Vereinigten Staaten von Nordamerika zurück ist, daß seine Erdölvorräte in einem modernen Krieg den Vorräten des Westens nicht gewachsen sind, und Moskau weiß besser als wir, welche Stufe es selbst im Wettbewerb um die Atombombe, um ferngesteuerte Waffen und um die Beherrschung des Luftraumes überhaupt, soweit ein Kriegsfall in Betracht kommt, erreicht hat.

Dazu kommen die Beziehungen zu China. Es war vielleicht keine nebensächliche Erscheinung, daß Mao Tse-tung an den Beerdigungsfeierlichkeiten für Stalin sich durch den Ministerpräsidenten Tschu En-lai vertreten ließ. Daraus aber schon eine persönliche Spannung abzuleiten, wäre übertrieben. Mao Tse-tung ist ein alter Kommunist und besitzt mehr als dreißig Jahre alte Beziehungen zu den führenden Männern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Man darf diese wesentliche Tatsache, wenn man in Mao Tse-tung einen künftigen Tito sehen möchte, nicht außer acht lassen. Dabei ist es ganz natürlich, daß nach dem Sieg der Kommunisten in China das Selbstbewußtsein Mao Tse-tungs und der Kommunistischen Partei Chinas ganz gewaltig gewachsen ist. Die chinesischen Kommunisten haben im Unterschied zu den Kommunisten Westeuropas gegenüber Moskau keinerlei Minderwertigkeitskomplexe. Sie beherrschen heute ein größeres Land mit doppelt so vielen Einwohnern, verglichen mit der Sowjetunion. Zudem ist im chinesischen Denken das Bewußtsein, auf eine jahrtausendealte Kultur zurückblicken zu können, nicht vollständig abhanden gekommen. Moskau dürfte wahrscheinlich China sehr sorgfältig und rücksichtsvoll behandeln, um das Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten.

Die Änderung der sowjetrussischen Außenpolitik, deren Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, bedeutet also keineswegs eine grundsätzliche Neu-

orientierung in den Beziehungen zu den Demokratien des Westens, zu der Welt außerhalb der Sowjetunion überhaupt. Davon kann gar keine Rede sein. Selbst die Führer der sowjetrussischen Außenpolitik verzichten darauf, solche Behauptungen aufzustellen. Die Sowjetunion bleibt ein totalitärer Staat, verzichtet nicht auf die Unterdrückung jeder Opposition im Innern, hält das Tempo ihrer Rüstungen und Industrialisierung aufrecht und verzichtet nicht auf die Bestrebungen, den Ostblock zu konsolidieren. Stalin und die jetzt maßgebenden Männer an der Spitze der Politik Moskaus haben jedoch erkannt, daß sie auf lange Zeit hinaus nicht die Kraft besitzen, die Politik der Atlantikpakt-Mächte zu verhindern. Die ersten Ansätze zu einer europäischen Integration und Bildung einer Europa-Armee haben ebenfalls ihren Eindruck auf Moskau nicht verfehlt. Dieser Entwicklung stellt die Sowjetunion ihre Wendung, eine ausgesprochen taktische Wendung der außenpolitischen Haltung, gegenüber.

Bald werden wir wieder vom Staatsvertrag mit Österreich und bald werden wir noch viel mehr von der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vernehmen. Vielleicht offerieren die Russen im Zusammenhang mit der von ihnen in Aussicht genommenen neuen Viererkonferenz über die Frage der Einheit Deutschlands einen Rückzug der Truppen aus Ostdeutschland.

Vor allen Dingen aber ist die Friedensoffensive auf die Gefühlslage der Menschen aller Länder orientiert. Die Mehrheit der Menschen will Frieden und nicht Krieg. Auf diese Friedenssehnsucht, auf die Furcht vor einem neuen schrecklichen Kriege, ist die neue Wendung der sowjetrussischen Außenpolitik abgestellt. Obwohl sie bisher herzlich wenig praktische Ergebnisse zeitigte, hat sie doch einen gewissen Erfolg zu verzeichnen. Beinahe könnte man davon sprechen, daß es den Russen gelungen sei, die Initiative in der Weltpolitik an sich zu reißen. Die Rede Eisenhowers vom 17. April hat allerdings gezeigt, daß man in Washington aus dem Zustand der leichten Verwirrung, in den man vorübergehend nach dem Tode Stalins und unter dem Einfluß zahlreicher Einflüsterungen von Emigrantenkreisen geraten war, herausgetreten ist und sich wieder auf eine eigene und selbständige und vor allen Dingen klarsichtige Politik besonnen hat. Diese sowjetrussische Außenpolitik als Ganzes und in ihren einzelnen Teilen hat mit Kommunismus oder gar mit Sozialismus so wenig zu tun wie die Stalinsche Periode der sowjetrussischen Innenpolitik. Außenpolitisch hat die Sowjetregierung unter den veränderten Verhältnissen, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten ergaben, die Großmachtpolitik des alten, des zaristischen Rußland abgelöst. In Korea, gegenüber China, aber auch gegenüber dem europäischen Westen und auch im Mittleren Osten – man denke an Persien – unterscheidet sich die Politik Moskaus in keiner Weise von der Politik des Zarismus. Die Propagandalosungen sind andere, und eine Reihe von objektiven Voraussetzungen haben sich verschoben oder verändert. Allein wir erinnern daran, daß Port Arthur, Dairen, Korea, der persische Golf, Warschau, Bukarest und Prag immer Blickpunkte und Ziele der alten Groß-

macht Rußland gewesen sind. Vielleicht dürfen wir heute im Zusammenhang mit der viel besprochenen Wendung in der russischen Außenpolitik wieder einmal an diese geschichtlichen Zusammenhänge erinnern.

Aber, so wird gefragt, gibt es nicht doch früher oder später Diadochenkämpfe in der Sowjetunion? Darauf zu antworten, ist nicht leicht. Heute bestehen die normalen persönlichen und fraktionellen Spannungen. Ob sie morgen ausarten zu heftigen offenen Konflikten und Kämpfen, läßt sich schwer voraussehen. Man darf nicht außer acht lassen, daß die führenden Männer der Sowjetunion genau wissen, daß innere Kämpfe zu einer Schwächung führen können, und schon aus diesen Erwägungen und aus anerzogener Parteidisziplin, die strenger ist und weiter geht als die Disziplin einer Kirche, warnen wir vor Illusionen. Gewiß, es gibt noch einen Faktor in der Sowjetunion, die Armee, mit ihrer Offiziersschicht und innerhalb dieser Offiziersschicht: die Generalität. Die Armee ist stark und lebt gut. Zwischen der Armee und der Polizei Berias dürften gelegentlich Spannungen, wenn nicht sogar Feindseligkeiten auftreten. Solange jedoch Beria – und heute lassen sich keine anderen Schlüsse ziehen – fest eingefügt bleibt in das neue Politbüro, das nach dem Tode Stalins gebildet wurde, und solange dieses Politbüro darauf bedacht ist, weder Malenkow noch Beria noch Molotow noch irgendeinen anderen aus den Reihen tanzen zu lassen, zum legendären Führer nach dem Muster Stalins vorzubereiten, besteht eine gegenseitige Bindung, die für lange Zeit das Geschick der Politik der Sowjetunion bestimmen kann.

II.

Die Rede General Eisenhowers vom 17. April eröffnet eine Wendung der amerikanischen Außenpolitik. Die Rede war sorgfältig formuliert und ist zweifelsohne nicht das Werk Eisenhowers allein. Sie ist die erste beachtenswerte Geste in der Außenpolitik der neuen republikanischen Regierung der USA. Was bisher geschah, war wenig erfreulich. Die Aufhebung der Neutralität Formosas und die indirekte Anerkennung Chiang Kai-Sheks bedeutete nicht nur eine Enttäuschung für viele, die Amerika sympathisch gegenüber stehen, sondern sie zeigte, daß die reaktionären Kräfte, deren Kurzsichtigkeit für den Sieg Mao Tse-tungs in China verantwortlich ist, erneut Konzessionen erhielten. Chiang Kai-Shek ist der Inbegriff der politischen und moralischen Korruption. Wer sich mit ihm identifiziert, verliert sein «Gesicht» im Fernen Osten. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind daran, dieses «Gesicht» zu verlieren. Man weiß es in gewissen Kreisen der Administration von Washington und zögert deshalb mit der Hilfe an die Franzosen in Indochina. Die Veröffentlichung der Geheimabkommen von Yalta und ihre Annullierung waren unbedeutende Zugeständnisse an die Verleumder um McCarthy und seinen Anhang. Die Reise des neuen amerikanischen Außenministers Dulles

und seines Begleiters Stassen durch Europa hat auch keine besonderen Früchte getragen. Dulles hatte nirgends Zeit. In Bonn standen ihm ganze drei Stunden zur Verfügung, und man verpflichtete seine Gesprächspartner auf genau abgegrenzte Zeiten. «Sie dürfen zwanzig Minuten sprechen, und ich werde Ihnen zwanzig Minuten antworten.» Auch was man sonst von Dulles hört, ist nicht überzeugend. Dieser ehemalige Anwalt der Wallstreet, der sich unvermittelt vor weltweite außenpolitische Aufgaben gestellt sieht und einem schlauen und raffinierten Gegner gegenüber steht, ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. Trotz der Rede Eisenhowers und trotz der bevorstehenden Reise Dulles in den Mittelosten ist mit weiteren Enttäuschungen über die amerikanische Außenpolitik zu rechnen. Gerade darauf spekuliert Moskau. Im Fernen Osten aber wird das Vertrauen gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika schrumpfen, und man wird nicht nur die Engländer, die Franzosen, die Italiener oder andere Angehörige eines europäischen Landes als Imperialisten beurteilen, sondern man wird auch die Amerikaner in diese Kategorie einreihen und sich von ihnen abgrenzen. Dabei ist die Zeit der weißen Vorherrschaft im Fernen Osten und der Kolonialpolitik alten und neueren Stils vorbei. Die asiatischen Länder, deren führende Schichten im Westen geschult wurden, wollen und werden sich von der westlichen Bevormundung oder Beherrschung befreien. Sie haben darauf ein Anrecht, und sie verdienen dabei unsere Unterstützung. Wenn der Westen die Zeichen der Zeit nicht versteht, dann wird ihm der asiatische Kontinent völlig entfremdet und schließlich verloren gehen. Die Anerkennung Chinas und der Hinauswurf Chiang Kai-Sheks und seiner Agenten wäre eine großzügige und geschichtlich bedeutsame Geste, die die amerikanische Außenpolitik machen könnte oder sollte, um ihre eigene Stellung im Fernen Osten wieder zu verbessern und die Rückgewinnung des Ansehens, das sie besaß, einzuleiten.

Eine gewaltige nationale Freiheitsbewegung ist im Fernen Osten im Werden, und es ist zwecklos und dumm, so zu tun, als ob man für diese Freiheitsbewegung Verständnis hätte, obwohl man gleichzeitig alles versucht, um sie aufzuhalten und zu verhindern. Lenin hat schon im Jahre 1920 Thesen über den kolonialen Freiheitskampf entworfen und im Januar desselben Jahres den ersten sogenannten Kongreß der unterdrückten Ostvölker in Baku organisiert. Die Russen haben früher als der schwerhörige Westen erkannt, welche bedeutsamen Umwälzungen sich im Fernen Osten ankündigen. Da aber die Entwicklung selbst langsam geht, zwanzig oder dreißig Jahre in dieser Entwicklung wenig bedeuten, wäre es noch Zeit, das Verhältnis zwischen dem freiheitlichen Westen und dem um seine Freiheit ringenden asiatischen Kontinent so zu gestalten, daß für die zukünftige Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vieles wieder gutgemacht werden könnte, was verdorben wurde. Der Freiheit und der Demokratie würden dadurch unschätzbare Dienste geleistet. Hier befindet sich der Schlüssel für den Weltfrieden.

Wir dürfen es uns nicht gestatten, uns daran zu gewöhnen, von einer Rüstungskonjunktur zu leben, weil ein Krieg droht oder ein lokalisierter Krieg besteht. Wenn wir in dieser Beziehung stumpf und gleichgültig werden, dann verlieren wir als Sozialisten die eigentliche Grundlage unseres Wirkens. Der Sozialismus in der ganzen Welt will die Überwindung des Kapitalismus, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Freiheit der Persönlichkeit und die Demokratie im wirklichen sozialen und politischen Geiste erreichen. Die Gewöhnung an den Gedanken des Krieges ist gefährlich und zerstört in ihrem eigentlichen Wesen die sozialistischen Ideale, die uns eine Kraftquelle für das Wirken des Tages und das Wirken in die Zukunft sind.

Führt die sowjetrussische Friedensoffensive zur Abrüstung? Ein Hoffnungsschimmer, der allerdings erst am fernen Horizont auftaucht, ist vorhanden. Für die Zeit von heute und morgen ist die Frage der Abrüstung, leider, nicht auf der Tagesordnung. Wir sind verpflichtet, unsere Rüstung weiter beizubehalten, weiterhin auszubauen und weiterhin zu festigen. Die Abrüstung ist eine umfassende, alle Länder und machtpolitischen Gebilde umschließende Aufgabe. Gelingt diese Aufgabe nicht, so bleibt es ein Traum, die Abrüstung anzustreben, weil sie dann nie und nirgends verwirklicht wird. Darin liegt ohne Zweifel ein gewisser Widerspruch zu unserer Friedenssehnsucht und zu unserem Glauben daran, daß der Friede für das arbeitende Volk in jedem Lande und für den Sozialismus überhaupt die einzige Möglichkeit ist, sich zu entwickeln, zu entfalten und gemeinsam der Freiheit eine bessere Zukunft zu erkämpfen. Dieser Widerspruch liegt in den tatsächlichen, in den objektiven Verhältnissen unserer Zeit begründet. Wir stellen das mit einer gewissen Resignation fest, aber wir sprechen die Wahrheit aus. Es ist besser, die Wahrheit zu suchen und auszusprechen, als ihr auszuweichen. Auch unser Land kann sich nur eine Abrüstung erlauben, wenn dafür überall und einheitlich, über alle Länder und Erdteile hinweg, die Abrüstung verwirklicht und nicht nur eine Propagandalosung geworden ist. Das hindert uns keineswegs daran – und wir befinden uns damit in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Generalrates der Sozialistischen Internationale –, jede, auch die kleinste Gelegenheit zu benützen, um dem Frieden zu dienen und Friedensgespräche zu fördern.

III.

Für unser *eigenes Land* sind in den letzten Jahren und insbesondere im vergangenen Jahre Entscheidungen fällig geworden, die uns immer wieder verpflichten, unsere staatliche Maxime der *Neutralitätspolitik,* der Aufrechterhaltung der bewaffneten Neutralität mit der Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Völkern zu konfrontieren. Aus der Not der Nachkriegszeit haben die Bestrebungen, Europa oder was davon noch demokratisch und verhältnismäßig frei geblieben ist, zu integrieren, Gestalt angenommen. Integration

heißt zusammenfassen oder zusammenschließen. Unser Land hat sich dieser Entwicklung nicht entzogen. Wir Sozialdemokraten haben ihr ebenfalls unsere Aufmerksamkeit geschenkt und daran, soweit uns als Angehörigen einer Partei eines kleines Landes, das der UNO nicht angehört, das möglich war, teilgenommen. Die Bestrebungen, den von Sowjetrußland nicht beherrschten und kontrollierten Teil Europas zusammenzuschließen, sind aus der wirtschaftlichen Nachkriegszeit und ihrer Not entstanden. Die Idee ist alt, aber sie braucht – als alter Marxist nimmt man das mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis – wirtschaftliche Antriebskräfte. Der Zusammenschluß Europas hat keinen sozialistischen Charakter. Zwar besitzen Sozialdemokraten auf den Prozeß der Entwicklung einen gewissen Einfluß. Zurzeit ist dieser Einfluß noch bescheiden, obwohl er nicht unterschätzt werden soll, wie der Gegenseitigkeitsvertrag über die Organisation der Montanunion und die darin enthaltenen Bestimmungen über die Rechte der Arbeiter Aufschluß geben. Mit unserer sozialdemokratischen Zustimmung arbeitet die Schweiz bei der Organisation der ökonomischen europäischen Zusammenarbeit (OEEC), bei der Europäischen Zahlungsunion und bei verschiedenen anderen internationalen und europäischen Institutionen mit, die mit der UNO in Beziehung stehen oder aus ihr hervorgegangen sind. Wir haben auch der Einrichtung einer Delegation bei der Hohen Behörde der Montanunion, die über die Produktion von Eisen, Kohle und Stahl auf dem uns zugänglichen europäischen Kontinent verfügt, zugestimmt. In allen diesen Entwicklungserscheinungen ist eine ausgesprochen wirtschaftliche und auch preispolitische Seite im Vordergrund der öffentlichen Betrachtungen. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß in diesen Entwicklungen auch ideelle Faktoren wirken. Gewiß, einst machten wir uns eine etwas andere Vorstellung von den Vereinigten Staaten von Europa. Heute haben wir diese Vorstellung korrigiert und den tatsächlichen Verhältnissen angenähert. Wer sich Rechenschaft gibt über die fast ungeheuren Schwierigkeiten, eine ehrliche und aufrichtige Zusammenarbeit der Völker auf unserem Kontinent zu erreichen, der täuscht sich aber auch nicht über die Schwierigkeiten bei der Inangriffnahme und Durchführung einer solchen Aufgabe.

Allein der Zeitabschnitt, in dem wir leben, ist interessant, ich möchte sogar sagen, voll von Spannungen und Zukunftsmöglichkeiten. Nicht nur die Bedrohung eines neuen Weltkrieges lastet über uns, über uns schwebt auch die Hoffnung einer europäischen und schließlich darüber hinausgehenden Zusammenarbeit gleichberechtigter, freiheitsliebender Völker. Darum müssen wir Schritt halten und uns ein möglichst klares Urteil bilden.

Allein unser Land hat ja noch andere Sorgen. Die *Finanzordnung* will nicht werden. Der Entscheid darüber ist allerdings noch nicht endgültig getroffen. Das letzte Wort hat auf alle Fälle der Stimmberechtigte unseres Volkes. Bürgerliche Zeitungen haben sich krampfhaft und überflüssigerweise bemüht, uns Sozialdemokraten als eine Art Opfer einer unüberlegten oder unvorsich-

tigen Politik zu bemitleiden. Wir hätten uns voreilig gegen die Vorlage ausgesprochen und im Nationalrat dagegen gestimmt. Wir hätten sogar, so wurde uns weiter zugesprochen, unseren eigenen Finanzminister im Stich gelassen. Bisher waren wir immer der Auffassung, daß die im Jahre 1953 den eidgenössischen Räten übermittelte Vorlage über die Neuordnung der Bundesfinanzen das Ergebnis der bundesrätlichen Beratung sei. Diese Beurteilung dürfte auch kaum bestritten werden. Also handelt es sich um eine bundesrätliche Vorlage. Sie verdient es, als Meisterwerk des Kompromisses bezeichnet zu werden. Nach allen Seiten wurde die Vorlage ausgewogen, so daß sie keinerlei Gewichtsverschiebungen mehr zu ertragen scheint. Das macht diese Vorlage sehr empfindlich, weil schließlich die Aufgabe eines Mitgliedes eines Parlamentes darin besteht, Vorlagen der Regierung genau anzusehen und im Interesse der von ihm vertretenen Volkskreise, sofern man das für richtig und notwendig erachtet, zu verbessern. Das Meisterwerk des Kompromisses, brillant, ja sogar virtuos eingeführt und verteidigt, hat aber keine Begeisterung gefunden. Man fand sich gewissermaßen getragen von der gegenseitigen Vernunft zusammen bei dem Versuch, dieses Werk für die Partei und für das Volk annehmbar zu machen. Leider wurde vielleicht etwas zuwenig daran gedacht, daß man ein solches Werk auch noch vor dem Volke verteidigen muß. Unsere Fraktion hat, nachdem ihre Anträge alle abgelehnt waren, gegen die Vorlage gestimmt, weil es gelang, einige Verschlechterungen, wie zum Beispiel die Ausgleichssteuer, in die Vorlage hineinzupressen. Merkwürdigerweise nahmen bürgerliche Kreise an, wir würden der Vorlage trotzdem unsere Zustimmung geben, obwohl unsere eigenen Forderungen und Anträge am Widerstand der geschlossenen bürgerlichen Mauer abprallten. Wieder einmal zeigte es sich, daß man einen Kompromiß auch zu subtil gestalten kann. Es zeigte sich aber auch wieder einmal, daß sich die führenden bürgerlichen Kreise die Sache sehr leicht machen bei der Lösung der Probleme der Bundesfinanzen. Unsere Partei wird sich auf alle Fälle ihre Entscheidungen, gleichgültig wie die Beschlüsse des Ständerates, der im Juni zur Finanzordnung seine Stellung bezieht, auch ausfallen mögen, vorbehalten. Wir werden unseren Anteil an der Verantwortung, wie immer in der Vergangenheit, auch in der Gegenwart und in der Zukunft übernehmen. Wir sind aber nicht gesonnen, den besitzenden Kreisen unseres Landes zu gestatten, sich von ihren Verpflichtungen, die sie unserer Demokratie und unserer Heimat gegenüber haben, zu drücken.

Interessant ist in der Vorlage über die Finanzordnung der Antrag des Bundesrates, die Aufwendungen für die *Landesverteidigung* auf 500 Millionen Franken zu beschränken. Der Vorsteher des Militärdepartements, der 600 Millionen Franken verlangte, hat trotz dieser Reduktion seiner Forderungen nicht demissioniert. Ob 500 Millionen Franken bei der heutigen Konzeption der Landesverteidigung ausreichen, ist fraglich. Wir wünschen es und begrüßen

es, daß die Militärausgaben auf ein tragbares Maß herabgesetzt werden. Wir lehnen es aber ab, ein Spiel, sofern ein solches beabsichtigt wäre, zu unterstützen, ein Spiel, das eine scheinbare Reduktion der Militärausgaben anstrebt, um dem Volke eine Vorlage, über die es zu entscheiden hat, mundgerecht zu machen und später sich um die Begrenzung der Aufwendungen für die Landesverteidigung nicht mehr bekümmert. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz wird auch dazu an ihrem ordentlichen Parteitag, der dieses Jahr stattfindet, ihre Haltung klären müssen. Dabei wird die Haltung der Sozialdemokratischen Partei zur Finanzordnung nicht frei sein von der Nachwirkung über die Behandlung der Frage der *Preiskontrolle* und der damit verbundenen Probleme des *Mieterschutzes*. Rücksichtslos hat man auf diesem Gebiete die Interessen der Arbeiter und Angestellten beiseitegeschoben. Konziliant und kalten Herzens wird der Arbeiterschaft, wird den Angestellten erklärt, daß ihnen höhere Mietzinse sehr wohl zugemutet werden können. Immer wieder steht man unter dem Eindruck, daß die Hochkonjunktur und ihre Verdienst- und Einkommensmöglichkeiten Geist und Herz unserer besitzenden Klasse verhärtet haben. Noch viel mehr steht man unter dem Eindruck, daß in bürgerlichen Kreisen die Auffassung vorherrscht, Arbeiter und Angestellte hätten ihrerseits von der Hochkonjunktur genügend «profitiert» und eine Reduktion ihrer Einkommen oder Einkommensmöglichkeiten sei am Platze. Die Behandlung der Frage der Preiskontrolle und des Mieterschutzes drängt derartige Schlüsse geradezu auf.

Die Sozialdemokratische Partei weiß, daß die internationalen Probleme und ihre Entwicklung weiterhin unsere Wachsamkeit und unsere Bereitschaft erfordern. Sie fühlt sich verbunden mit dem Schicksal unseres Landes und seiner Zukunft. Sie ist entschlossen, die Verbindung und Solidarität mit den demokratischen, freiheitlichen Sozialisten in West und Ost weiterhin zu pflegen.

Unsere schweizerischen Probleme erfordern nicht weniger Wachsamkeit und Bereitschaft, wenn wir uns jederzeit unserer Verantwortung für die wahren Interessen des arbeitenden Volkes bewußt sind. Eine Abflachung der Rüstungskonjunktur bricht die Spitze der Hochkonjunktur und stellt das Einkommen, die Erhaltung des Arbeitsplatzes, die *Vollbeschäftigung* und damit die Sicherung des Lebensstandards des Arbeiters und des Angestellten erneut in den Mittelpunkt des sozialen Geschehens. Darum ist die Zeit gekommen, wo sich Arbeiter und Angestellte über das bisherige Mitspracherecht in den Betrieben hinaus auch um die Mitbestimmung in der Betriebsgestaltung bekümmern müssen. Vom Recht der Mitbestimmung in den Betrieben hängt, besonders bei wirtschaftlichen Konjunkturschwankungen, das Schicksal von Tausenden, wenn nicht Hunderttausenden ab. Der Kampf um die Mitbestimmung in den Betrieben ist ein Stück unseres Kampfes um eine soziale Demokratie.

Mehr als je ist die Arbeiterbewegung unseres Landes auch zu einem *Kulturfaktor*, zu einer geistigen Macht geworden. Die Gleichberechtigung der wirtschaftlichen und der moralischen Kräfte eines Volkes und insbesondere der Arbeiterbewegung ist unbestritten. Gesunde wirtschaftliche Existenzbedingungen sichern eine gesunde moralische und geistige Entwicklung. Die gesunde geistige und moralische Haltung der Arbeiterbewegung bildet immer wieder eine Quelle, aus der die Kräfte für die Gestaltung einer besseren Zukunft gewonnen werden können. Im Zusammenwirken dieser Kräfte und in ihrer wechselseitigen und doch innig verbundenen Entfaltung liegt unsere große Aufgabe, und von ihr hängt die Erfüllung dieser großen Aufgabe ab.

HANS NÄGELI

Wirtschaftliche und soziale Sicherheit

Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm enthält den Grundsatz, die Wirtschaft des Landes müsse Sache des ganzen Volkes sein, sie dürfe nicht privatem Bereicherungs- und Machtstreben dienen. Ein erster Versuch zur Verankerung dieser Wirtschaftsauffassung in der Bundesverfassung wurde mit der Volksinitiative «*Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit*» unternommen. Eine Viertelmillion Schweizer Bürger bekannte sich im Mai 1947 zu diesem Vorschlag, doppelt so viele lehnten ihn ab.

Die Periode konjunktureller Hochblüte, wie sie seit Kriegsende zu verzeichnen ist, dürfte im zyklischen Ablauf von Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft eine Ausnahmestellung einnehmen. Ihr Ausmaß ist aber weitgehend durch die Rüstungsanstrengungen bestimmt. Um den Jahresbeginn 1950 zeichnete sich bereits ein spürbarer Rückgang ab, der bei Ausbruch des Koreakrieges infolge Verschärfung der Spannungen in der Weltsituation wieder einer ausgesprochenen Spitzenkonjunktur wich.

Kapitalistisches Wirtschaftsdenken orientiert sich von Natur aus nach den Gewinnmöglichkeiten. Geht dieser Anreiz verloren, so fehlt der kapitalistischen Wirtschaft das eigentliche, treibende Motiv. Im Gegensatz dazu war und bleibt dauernde *Vollbeschäftigung* bei gerechten Arbeitsbedingungen stets eines der sozialistischen Hauptziele, zu dessen Verwirklichung ordnendes und lenkendes Eingreifen des Staates sich als notwendig erweist.

Die Wirtschaft unseres Landes ist bedeutend krisenempfindlicher geworden. Hinzu kommen neue Erscheinungen, wie die Montanunion und andere Bestrebungen zur europäischen Integration, die unser Land mehr und mehr vor schwere Probleme stellen. Sicher verfügt unsere Wirtschaft, nachdem unser Land vom Krieg verschont blieb und in der Hochkonjunktur seinen nationalen